

Sitzungsniederschrift

20. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration

Sitzungsort: Johann-Christian-Reil-Haus, Osterstraße 102, 26506 Norden		
Sitzungsdatum: 25.09.2025	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:50 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Forster, Hans	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Albrecht, Hinrich	SPD	
Behrends, Kuno	SPD	Vertretung für Frau Anita Biller
de Vries, Kevin	SPD	
Ennen, Jann	CDU/FDP	
Fohrden, Siebelt	CDU/FDP	
Harms, Uwe	CDU/FDP	Vertretung für Harald Tammen
Krüsmann, Enno	SPD	
Stange, Axel	SPD	Vertretung für Herrn Timo Seeberg
Weilage, Udo	CDU/FDP	
Wienbeuker, Johann	FW Landkreis Aurich	
Grundmandat		
Stauß, Detlef	AfD	
Weiss, Edgar	MOIN, Herr WEISS	Vertretung für Heinrich Ubben
Beratende Mitglieder		
Köhler, Jörg		Erwerbslosen/Arbeitsloseninitiative
Mahmed, Mahmoud		Ausländerbeauftragter
Pieschke, Bärbel		Behindertenbeauftragte

Verwaltung

Büchter, Norman	KVHS Fachkoordinator Flüchtlingsarbeit
de Groot, Jens	Amt für Jugend und Soziales
de Vries, Enno	Stellv. Leiter Amt für Jugend und Soziales
Falterbaum, Annalena	Amt für Jugend und Soziales
Müller, Michael	Leiter Amt für Jugend und Soziales
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Schäfer, Marcel	Leiter des Amtes für Bürgerdienste, Ordnung und Sicherheit
Winzenborg, Silke	Protokollführerin

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Biller, Anita	SPD
Reinken, Wilhelm	FW Landkreis Aurich
Seeborg, Timo	SPD
Tammen, Harald	CDU/FDP
Ubben, Hilde	FW Landkreis Aurich

Beratende Mitglieder

Caspers, Matthias	Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege
Frieden, Helene	Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Regionalverband Weser-Ems
Hoyer-Saad, Christina	Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege
Saathoff, Peter	Sozialverband Deutschland, Kreisverband Aurich-Norden

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung
2.	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung
4.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.06.2025 - öffentlicher Teil -
5.	Einwohnerfragestunde
6.	Sachstandsbericht Flüchtlingssituation

- | | |
|-----|---|
| 7. | Bericht der Leitung des Amtes für Jugend und Soziales |
| 8. | Vorstellung der Suchtkrankenhilfe Ostfriesland |
| 9. | Bericht zum Chancen-Aufenthaltsrecht |
| 10. | Verschiedenes, Wünsche und Anregungen |
| 11. | Einwohnerfragestunde |
| 12. | Schließung der Sitzung |
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Forster eröffnete um 15.00 Uhr die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Forster stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Forster stellte die Tagesordnung fest. Es lagen keine Anmerkungen vor.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.06.2025 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift über die Sitzung vom 16.06.2025 wurden bei drei Enthaltungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 3
➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

TOP 6 Sachstandsbericht Flüchtlingssituation

Vorsitzender Forster übergab das Wort an **Herrn Enno de Vries, den stellvertretenden Leiter des Amtes für Jugend und Soziales**. **Herr de Vries** erklärte, dass er zunächst berichten werde und anschließend an **Herr Büchter von der KVHS** übergeben werde.

Herr de Vries wies darauf hin, dass der Lagebericht zuvor bereits für alle zugänglich in Session eingestellt worden sei und ging auf die aktuelle Zuweisungssituation ein (Anlage 1). Er berichtete, dass wieder mehr Ukrainerinnen/Ukrainer ankommen würden. Bisher habe das Land Niedersachsen eine Überquote gehabt, daher habe der Landkreis Aurich kaum Zuweisungen erhalten. Aus diesem Grund sei das Containerdorf aufgelöst und Utlandshörn stillgelegt worden.

Abgeordneter Behrends fragte, was mit der Unterkunft Utlandshörn passiere, da dort seit dem 30.04.2025 keine Flüchtlinge mehr untergebracht würden.

Herr Müller, Leitung des Amtes für Jugend und Soziales, bestätigte, dass zurzeit kein Flüchtling dort untergebracht sei, jedoch das Gebäude in Rückhalt bleibe, falls die Zahlen steigen würden. Zurzeit werde das Gebäude im Rahmen der Jugendhilfe genutzt.

Abgeordneter Wienbeuker erkundigte sich aufgrund der rückläufigen Zahlen, ob noch Integrationskurse gezahlt würden. Die Flüchtlinge, die noch ankommen würden, müssten ebenfalls gut integriert werden. Die Gelder für die Integration seien vom Bund eingeschränkt worden.

Herr Müller erklärte, dass eine Dienstleistungsvereinbarung mit der KVHS über die Integrationsarbeit mit Flüchtlingen geschlossen worden sei. Der Landkreis beauftrage und zahle entsprechende Mittel an die KVHS. Jährlich werde neu bewertet, wie viele Personen zu betreuen seien, sodass die Dienstleistungsvereinbarung stetig angepasst werde.

Weiter fragte **Abgeordneter Wienbeuker**, ob Zahlen vorhanden seien über die Personen, die zurückgeführt bzw. abgeschoben werden müssten.

Herr Schäfer, Leiter des Amtes für Bürgerdienste, Ordnung und Sicherheit, teilte mit, dass eine Rückführung stattfände. Zahlen könne er nicht nennen, doch könnten diese nachgereicht werden (Anlage 2). Wenn das Asylverfahren negativ beschieden werde, gäbe es keine andere Möglichkeit; die Person müsse abgeschoben werden.

Herr de Vries berichtete weiter, dass von der Landesaufnahmebehörde ein aktuelles Schreiben vorhanden sei. Das Land Niedersachsen müsse mehr Ukrainerinnen/Ukrainer aufnehmen. Bereits diese Woche habe der Landkreis Aurich eine Zuweisung für 40 Personen erhalten; davon seien 37 Personen angekommen. Bis Anfang November bleibe die Zuweisung bei 40 Personen pro Woche. Eine aktuelle Pressemitteilung sei am 24.09.2025 veröffentlicht worden.

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.mi.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/uberquot-e-vollstaendig-abgebaut-niedersachsen-nimmt-in-kommenden-wochen-wieder-vermehrt-vertriebene-aus-der-ukraine-auf-245140.html>

Herr de Vries erklärte, dass genügend Kapazitäten im Landkreis für die Aufnahme der Personen vorhanden seien. Die Ukrainerinnen/Ukrainer hätten einen sofortigen Zu-



gang zum Bürgergeld. Sie würden in der Kaserne aufgenommen und die SGB II-Anträge würden gestellt. Weiter teilte **Herr de Vries** mit, dass es einen Gesetzentwurf gebe. Dieser solle vorsehen, dass die Ukrainerinnen/Ukrainer zukünftig wieder in das Asylbewerberleistungsgesetz überführt werden sollen. Diese Änderungen würden unter anderem beinhalten, dass die Empfänger Bezahlkarten erhalten würden und weniger Leistungen.

Im Anschluss an den Bericht von Herrn de Vries, trug **Herr Büchter, Fachkoordinator Flüchtlingsarbeit KVHS**, vor. **Herr Büchter** teilte mit, dass die KVHS gut vorbereitet sei. In 2022 habe es eine Phase gegeben, in der 60–70 Personen wöchentlich in den Landkreis Aurich gekommen seien. Man habe viele Erfahrungen sammeln können. Weiterhin gab er den Hinweis, dass genügend Kapazitäten auf dem Kasernengelände vorhanden seien. **Herr Büchter** berichtete, dass viele Flüchtlinge mit wenigen Sachen einreisten. Es bestehe ein gutes Netzwerk mit den Johannitern; darüber werde die Verpflegung organisiert. Grundsätzlich bestehe auf dem Kasernengelände Selbstverpflegung, da jedoch der Leistungsbezug nicht sofort sichergestellt werden könne, greife die Verpflegung über die Johanniter. Außerdem müssten Kleinkinder mit Windeln versorgt werden und Kleiderspenden würden bereitgestellt. Es gebe tägliche Herausforderungen, die bewältigt werden müssten. Darauf sei die KVHS eingestellt. **Herr Büchter** erklärte, dass die Flüchtlinge erst einmal herunterfahren sollten, wenn sie in Deutschland ankommen. Es sei eine große Veränderung – ein neues Land, eine neue Kultur, eine neue Sprache. Die Personen ließen alles hinter sich. Einige kämen sehr gut damit zurecht, andere benötigten jedoch eine längere Eingewöhnung.

Abgeordneter Fohrden fragte, wie viele Personen maximal in Utlandshörn untergebracht werden könnten. **Herr Büchter** erklärte, dass die insgesamt zur Verfügung stehenden Plätze bei 330 liege. Diese könnten bei Bedarf wieder aktiviert werden.

Abgeordneter Harms fragte, was mit den Angestellten, die in Utlandshörn gearbeitet hätten, passiert sei.

Herr Müller erklärte, dass in der Dienstleistungsvereinbarung mit der KVHS auch der Betrieb von Utlandshörn inkludiert sei. Daher habe man mit der KVHS geklärt, wo die Mitarbeiter eingesetzt würden und welche Verträge beendet würden.

Vorsitzender Forster bedankte sich für die Vorträge und lobte den Landkreis Aurich für die gute Flüchtlingsarbeit.

TOP 7 Bericht der Leitung des Amtes für Jugend und Soziales

Vorsitzender Forster übergab das Wort an **Herrn Müller, Leiter des Amtes für Jugend und Soziales**.

Herr Müller erklärte, dass er zu den beiden Tagesordnungspunkten der letzten Sitzung „Finanzielle Entlastung für die Entsorgung der Windeln bzw. Inkontinenzmaterialien“ und „Obdachlosenunterbringung“ berichten werde.

Er gab an, dass damit gestartet wurde, die finanzielle Hilfe für die Windelentsorgung an den Wohngeldbezug zu koppeln. Ein Informationsschreiben sei versendet worden und auf den Internetseiten des Landkreises sowie des Abfallwirtschaftsbetriebes MKW darauf hingewiesen worden. Zukünftig sei geplant, die Leistung KI-generiert abzuwi-



ckeln. Dies sei die erste Leistung im Amt für Jugend und Soziales, die mittels KI abgewickelt werde. Es werde automatisch überprüft, ob ein Wohngeldleistungsbezug bestehe.

Herr Müller berichtete, dass die Vereinbarung mit dem Deutschen Roten Kreuz Kreisverband Aurich e. V. (DRK) zum 31.12.2025 gekündigt worden sei. Er erklärte, dass noch einige Dinge geklärt werden müssten. Zum einen müsse geklärt werden, wo in Zukunft die Betreuung von Obdachlosen stattfände. Zum anderen müsse erarbeitet werden, wie die Satzung aussehen werde. Der Landkreis Aurich sei für die durchreisenden Menschen zuständig und die Stadt Aurich für eine Unterbringung von obdachlosen Personen im Rahmen der Gefahrenabwehr. Aktuell sei die Durchführung noch nicht final entschieden worden.

Abgeordnete Albers fragte nach, wie ältere Menschen den Antrag für die Unterstützung von Inkontinenzmaterialeen stellen sollten, da sie möglicherweise nicht in der Lage seien, einen Antrag online zu stellen. **Herr Müller** erklärte, dass auch auf anderen Wegen eine Beantragung möglich sei. Ziel sei ein niedrigschwelliger Zugang.

Abgeordnete Albers wies außerdem auf das Projekt „Housing First“ bezüglich der Obdachlosenunterbringung hin.

Herr Müller teilte mit, dass Herr Hülsebus vom DRK bereits im Ausschuss dazu vorge tragen habe (*siehe Protokoll zu der Sitzung vom 28.02.2024*). Weiter gab **Herr Müller** an, dass der Landkreis Aurich für die Durchreisenden zuständig sei. Diese hätten überwiegend kein Interesse an einer Wohnung bzw. an einem Lebensmittelpunkt im Landkreis Aurich.

Frau Pieschke bedankte sich dafür, dass der Landkreis Aurich damals den Antrag für die finanzielle Entlastung für die Entsorgung der Windeln bzw. Inkontinenzmaterialeen genehmigt habe. Sie betonte außerdem, dass der Landkreis Aurich der einzige Landkreis in Niedersachsen sei, der diese finanzielle Unterstützung gewährt.

Vorsitzender Forster bedankte sich für den Bericht.

TOP 8 Vorstellung der Suchtkrankenhilfe Ostfriesland

Vorsitzender Forster übergab das Wort an **Herrn Fietz den Geschäftsführer der Gesellschaft zur Hilfe für suchtgefährdete und abhängige Menschen e.V. & Suchtkrankenhilfe Ostfriesland gemeinnützige GmbH**.

Herr Fietz bedankte sich für die Einladung und stellte anhand der Präsentation (Anlage 3) die Suchtkrankenhilfe vor.

Im Anschluss bedankte sich **Herr Köhler** für den Vortrag und fragte wie die Zusammenarbeit mit den Schulen laufe.

Herr Fietz erläuterte, dass die Zusammenarbeit überragend funktioniere. Die Schulen würden die Maßnahmen regelmäßig abrufen. Die Suchtprävention sei inzwischen ein Qualitätsmerkmal für die Schulen. Bezüglich des Projektes Suchtprävention in Schulen (SIS) gebe es ebenfalls nur positives Feedback.



Vorsitzender Forster bedankte sich für den Vortrag und fragte, wie lange die Wartezeiten bei Akutfällen seien. **Herr Fietz** erklärte, dass Akutfälle immer einen Termin erhalten würden und es keine Wartezeiten gebe. Außerdem interessierte sich **Abgeordneter Fohrden** dafür, wie viele Menschen am Rauchen sterben. **Herr Fietz** gab an, dass es ca. 300.000 Todesfälle jährlich seien.

Abgeordneter de Vries verlässt die Sitzung um 16.23 Uhr.

TOP 9 Bericht zum Chancen-Aufenthaltsrecht

Herr Schäfer, Leiter des Amtes Bürgerdienste, Ordnung und Sicherheit, stellte anhand der anliegenden Präsentation (Anlage 4) das Chancenaufenthaltsrecht vor. Die BAMF-Kurzanalyse ist ebenfalls als Anlage beigefügt (Anlage 5).

Abgeordnete Albers fragte nach, ob das Gesetz ab 01.01.2026 nicht verlängert werde.

Herr Schäfer erklärte, dass bisher keine Gesetzesinitiative vorliege. Es ist daher davon ausgehen, dass das Gesetz nicht verlängert werde.

Vorsitzender Forster bedankte sich für den Vortrag.

TOP 10 Verschiedenes, Wünsche und Anregungen

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

TOP 11 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

TOP 12 Schließung der Sitzung

Vorsitzender Forster schloss die Sitzung um 16.49 Uhr.

gez. Forster
Vorsitzender

gez. Winzenborg
Protokollführerin